

Wohlstand jenseits des Einkommens

Der „Capabilities“-Ansatz in Bildungs- und Gesundheitswesen bewertet Teilhabe an der Gesellschaft

VON JUSTIN POWELL
UND ROLF ROSENBRÖCK

Würde sich der Wohlstand einer Gesellschaft am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf bemessen, hätte das Emirat Katar international die Nase vorn, gefolgt von Luxemburg und Norwegen. Rang vier würde das Sultanat Brunei auf der Insel Borneo belegen, wo seit 1988 Parteien verboten sind und der Sultan per Dekret regiert.

Ganz so einfach sollte man es sich mit der Wohlstandsmessung nicht machen. Um den Reichtum einer Gesellschaft vergleichend zu beurteilen, bedarf es weiterer Kriterien. Die Suche nach dem guten Leben beschäftigt Philosophen seit Platon und Aristoteles. Auch heute mangelt es unter Sozialwissenschaftlern nicht an Theorien der Gerechtigkeit. Der Ökonomie-Nobelpreisträger Amartya Sen und die Rechtsphilosophin und diesjährige A.SK-Preisträgerin Martha Nussbaum haben einen ganz eigenen Maßstab entwickelt, um den Zustand eines Gemeinwesens zu prüfen – weit über ökonomische Kennzahlen hinaus. Kann ein Mensch ein Leben führen, für das er sich aus guten Gründen entschieden hat und das seine Selbstachtung garantiert, fragen sie. Kann er sich bilden, arbeiten und politisch engagieren? Hat er Zugang zum Gesundheitssystem? Steht ihm angemessener Wohnraum zu Verfügung? Verwirklichungschancen (capabilities) haben Sen und Nussbaum ihren Ansatz genannt. Dahinter steckt eine zweifache Annahme: Der Einzelne ist seines Glückes Schmied, aber sein Leben gelingt nur in dem Maße, wie die Gesellschaft ihn dabei unterstützt.

Ob der Einzelne seine Potenziale nutzen und ein selbstbestimmtes Leben führen kann, hängt also entscheidend von den gesellschaftlichen Bedingungen ab. Diese umfassende Sichtweise wird gegenwärtig in vielen Wissenschaftsdisziplinen, aber auch in der Politik, aufgenommen. Dabei zeigt sich, dass Verwirklichungschancen noch immer ungleich verteilt sind. Auch das am 1. Januar 2009 in Kraft getretene Übereinkommen über die Rechte behinderter Menschen der Vereinten Nationen (Behindertenrechts-

konvention) zielt auf die Verbesserung von Verwirklichungschancen: Die 8,6 Millionen behinderten Menschen in Deutschland sollen umfassend in ihrer selbstbestimmten Teilhabe an Gesundheit, Bildung und Arbeit unterstützt werden. Die Konvention fordert unter anderem, schulische Bildung möglichst inklusiv zu gestalten. Inklusiv heißt: Alle Kinder, ob behindert oder nicht, werden gemeinsam unterrichtet. Um solche Teilhabe auch behinderter Kinder in Kindergärten und Schulen zu ermöglichen, müssen diese umgestaltet werden.

Doch behinderte Schüler oder Kinder mit Lernproblemen werden in Deutschland vorwiegend an Sonderschulen unterrichtet. Im Schuljahr 2007/2008 lernten 82 Prozent aller Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf an einer solchen Einrichtung. Trotz des guten Willens und der Kompetenzen sonderpädagogischer Lehrer grenzt die Sonderschule aus und hält den dort unterrichteten Kindern und Jugendlichen Verwirklichungschancen vor. Statt zu Bildungserfolgen führt das deutsche Sonderschulwesen zu Bildungsmisserfolgen: 80 Prozent

der Abgänger erhalten keinen qualifizierenden Schulabschluss. Dies wirkt stigmatisierend, reduziert ihre individuellen Entfaltungsmöglichkeiten und nimmt ihnen Chancen – am Arbeitsmarkt und langfristig auf gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb steht das deutsche Sonderschulwesen in der nationalen und internationalen Kritik.

Die Behindertenrechtskonvention richtet sich in radikaler Weise auf die Öffnung und Anpassung von Strukturen –

Die Betroffenen müssen aktiv eingebunden werden

die eine Seite der Verwirklichungschancen. Die andere Seite besteht darin, Menschen anzuregen und zu befähigen, Teilhabechancen auch zu nutzen. Dieser Herausforderung widmen sich in Theorie und Praxis neuere Ansätze der Prävention und Gesundheitsförderung, insbesondere für sozial benachteiligte Menschen. Solche Projekte binden die Betrof-

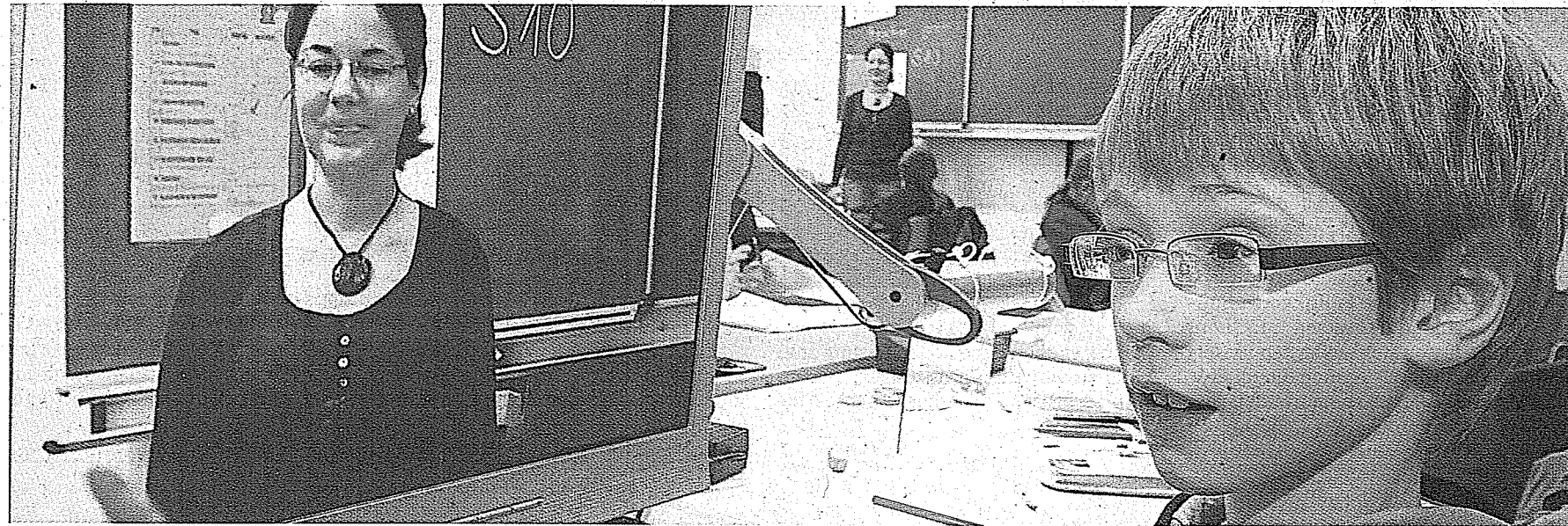
fenen aktiv und in der persönlichen Umgebung ein, also dort, wo die Menschen leben, arbeiten oder ihre Freizeit verbringen. Prävention beginnt im Alltag.

Das Quartiersmanagement in einem sozialen Brennpunkt ist dafür ein gutes Beispiel. Hier bestimmen Anwohner, Mieter, Gewerbetreibende und Nutzer gemeinsam, welche Regeln im Zusammenleben gelten sollen und für welche Projekte das Budget ausgegeben werden soll. Mit professioneller Moderation kommen zunächst meist elementare Konflikte zur Sprache: Eltern brauchen für ihre Kinder einen Spielplatz ohne Drogenspritzen und Hundekot; Ältere würden gerne Hilfe bei Schularbeiten leisten, brauchen dazu aber logistische Unterstützung und einen Raum; Jugendliche wollen Fahrräder und Skateboards reparieren und suchen dafür Platz und Ausrüstung; die Ladenbesitzer wollen nicht, dass ihre Kunden von Trinkern behelligt werden; das Bürgerbüro mit Sozial- und Schuldnerberatung ist schwer erreichbar; Lehrer klagen darüber, dass viele Schüler ohne Frühstück zum Unterricht kommen. Durch die – überraschend oft

erfolgreiche – Suche nach Lösungen lernen die Beteiligten sich nicht nur (besser) kennen. Vielmehr erleben sie auch, dass sie ihre Umwelt nach eigenen Bedürfnissen verändern können. Das macht Mut zu mehr. Resignative Lethargie wird überwunden – die Umwelt wird (wieder) als gestaltbar erlebt.

Das Konzept der Verwirklichungschancen zeigt einen Weg zu mehr Chancengleichheit für ein langes, erfülltes und gesundes Leben – insbesondere für sozial Benachteiligte. Mit den skizzierten Ansätzen kann freilich die ungleiche Teilhabe an den materiellen und kulturellen Möglichkeiten der Gesellschaft nur zum Teil kompensiert werden. Politische Kraft kann das Konzept in dem Maße entwickeln, wie immer mehr Menschen ihre Chancen auf Verwirklichung nachdrücklich und auch gegen Widerstand einfordern, bei uns – und vielleicht auch in Katar und Brunei.

— Rolf Rosenbrock leitet die Forschungsgruppe Public Health. Justin Powell ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung „Ausbildung und Arbeitsmarkt“



Hilfe für Finn. Der stark sehbehinderte Junge kann mit Hilfe eines Bildschirm-Lesegerätes mit angeschlossener Kamera problemlos am Unterricht teilnehmen. In der Lübecker Grundschule scheut man keine Kosten, um Finn Labudda die Teilnahme am Unterricht zu ermöglichen.

Foto: Wolfgang Langenstrassen / dpa

Forschen für sozial-politische Reformen

Martha Nussbaum erhält den A.SK-Preis

Die an der Universität von Chicago lehrende Rechtsphilosophin Martha C. Nussbaum erhält am 17. Februar in Berlin den A.SK Social Science Award. Das WZB verleiht ihr den Preis für ihre Arbeiten über die Bedingungen menschlichen Zusammenlebens. Nussbaum entwickelte den von Ökonomie-Nobelpreisträger Amartya Sen entworfenen „capabilities“-Ansatz weiter. Wohlfahrt misst sich danach nicht nur am Einkommen, sondern auch daran, inwieweit eine Gesellschaft den Fähigkeiten



von Menschen gerecht wird. Dazu zählen die Fähigkeiten, sich wirtschaftlich zu betätigen und politisch zu engagieren, aber auch, emotionale und kreative Potenziale zu entfalten. Arm

M. Nussbaum ist, wer über diese Fähigkeiten nicht verfügt oder wem deren Ausübung verwehrt wird. Dieser Ansatz ist inzwischen weit hin anerkannt und bildet zum Beispiel die Grundlage für den „Human Development Index“, den die Vereinten Nationen ihren globalen Entwicklungsberichten zugrunde legt.

Das WZB vergibt seit 2007 alle zwei Jahre den A.SK Social Science Award. Mit 100 000 Euro gehört der Preis zu den weltweit höchstdotierten Auszeichnungen in den Sozialwissenschaften. Ermöglicht wird er durch die Spende des chinesischen Unternehmerpaars Angela und Shu Kai Chan. Sie finanzieren ebenfalls ein Stipendienprogramm für junge promovierte Wissenschaftler, für das jährlich 50 000 Euro zur Verfügung stehen. Tsp

40 JAHRE WZB: Beilage des Tagesspiegels. Redaktion: Rolf Brockschmidt, Reinhart Büniger, Waltraud-Hennig-Krebs. In Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin (Wiebke Peters, Claudia Roth, Dr. Paul Stoop); Anzeigen: Jens Robotta, Postanschrift: 10876 Berlin, Tel. (030) 26 00 9-0.

DER TAGESSPIEGEL

Mit dem TV-Programm für die ganze Woche



Die ganz andere Hochschule:
Das Wissenschaftszentrum Berlin
wird 40 – 8 Seiten Beilage

Der morsche Balkan:
Kosovo nach einem Jahr
Unabhängigkeit – Seite 3

Grüne Lösung: Algen
sollen Kohlendioxid
fressen – Seite 22

BERLIN, DIENSTAG, 17. FEBRUAR 2009 / 65. JAHRGANG / NR. 20 177

WWW.TAGESSPIEGEL.DE

BERLIN/BRANDENBURG 0,85€, AUSWÄRTS 1,00 €

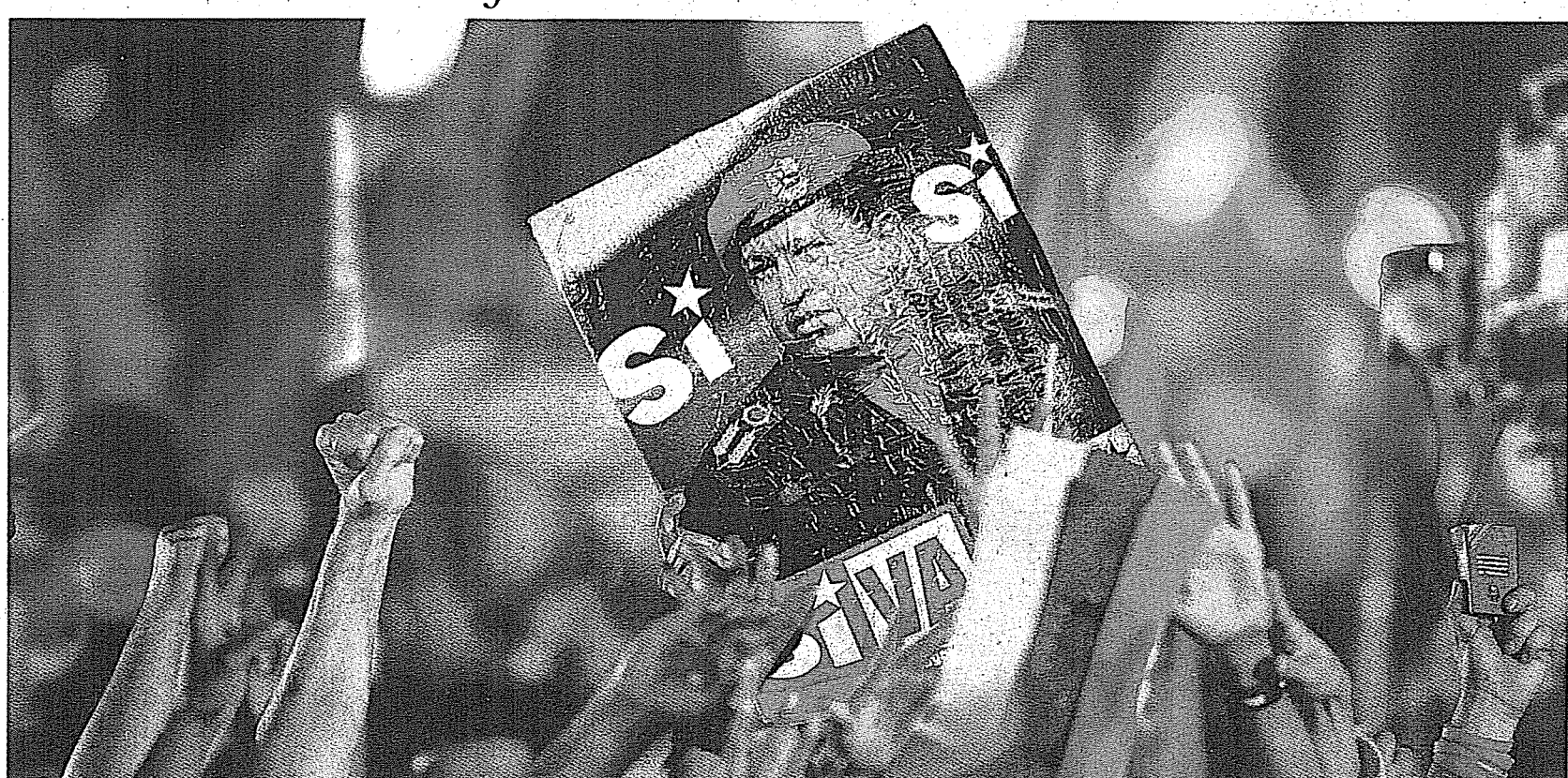
600 Soldaten zusätzlich für Afghanistan

Steinmeier ernennt Sonderbeauftragten

BRÜSSEL/BERLIN - Deutschland stockt seine Militärpräsenz in Afghanistan um 600 Soldaten auf, um die für August geplante Präsidentenwahl abzusichern. Nach Angaben von Nato-Diplomaten vom Montag in Brüssel ist dies Teil einer vorübergehenden Verstärkung der Afghanistanschutztruppe Isaf durch sämtliche Nato-Staaten. Die Isaf muss nach Ansicht der Nato-Führung wegen der Wahl in den fünf Regionen des Landes um jeweils ein Bataillon – insgesamt mindestens 3000 Soldaten – verstärkt werden.

Die zusätzlichen 600 deutschen Soldaten sollen unter anderem die bisher 200 Mann starke Schnelle Eingreiftruppe (Quick Reaction Force/QRF) der Bundeswehr in Nordafghanistan verstärken. Auch eine Verstärkung der zivil-militärischen Zusammenarbeit und der medizinischen Versorgung sei geplant. Sofern es bei dem Wahltermin bleibt, rechnen Nato-Militärs mit der Entsendung der zusätzlichen deutschen Soldaten Mitte Juli. Sie sollen dann drei bis vier Monate in Afghanistan bleiben, weil auch mit einer Stichwahl gerechnet werden müsse. Am Donnerstag kommen die Nato-Verteidigungsminister in Krakau zu einem Gipfeltreffen zusammen. Diplomaten erwarten, dass Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) die deutschen Pläne dann vorstellen wird. Die Gesamtzahl der Bundeswehr-Soldaten erhöht sich damit zeitweilig auf rund 4100. Das

Jetzt hat Chavez die Wahl



Der venezolanische Staatschef Hugo Chavez kann sich nach einem klar gewonnenen Volksentscheid, den die Opposition anerkannte, unbegrenzt wiedewählen lassen. Unmittelbar nach dem Sieg kündigte der Linkspopulist seine neuerliche Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen 2012 an (Seite 2). Foto: Juan Barreto/AFP

Schulreform Angst vorm Versagen

VON ARMIN LEHMANN

Eltern sind egoistisch. Sie denken in erster Linie an ihr Kind. Was denn auch sonst? Wenn es um die Zukunft der Kinder geht, verstehen Eltern deshalb keinen Spaß, sondern werden renitent. Das ist an sich auch gut so. Geht es aber konkret um Schulreformen, und das ist ein Grundproblem, steht der Elternwille meist gegen das Gemeinwohl. Was der Gesellschaft als Ganzes womöglich hilft, etwa mehr soziale Durchmischung an höheren Schulen oder höhere Qualitätsstandards, verängstigt Eltern.

Derzeit ist das in Hamburg gut zu beobachten, wo die Grünen in Koalition mit der CDU gegen den Widerstand des Bildungsbürgertums versuchen, eine Schulreform durchzusetzen, die, wie in Berlin, auf zwei Schulformen zielt. Wenn das Hamburger Bürgertum sich nicht überzeugen lässt, wird es Schwarz-Grün abwählen, oder die CDU – in Angst vor ihrer Stammwählerschaft – wird das Experiment selbst beenden. So weit sind wir in Berlin noch lange nicht, und es wäre im Interesse aller, würde es auch nicht so weit kommen. Wenn alle Beteiligten sich ehrlich machten, müsste es möglich sein, hinter den Ängsten, Sorgen und Widerständen das Sinnvolle und Notwendige zu sehen. Zunächst ist es sinnvoll, dass es bald nicht nur in Berlin nur noch zwei Schulformen geben wird. Gemeinsames, längeres Lernen von unterschiedlich begabten Kindern halten die allermeisten Bildungsexperten für richtig. Specially für Berlin gelten eher noch an

Mehr Datenschutz – nach der Wahl

Als Reaktion auf Skandale im Einzelhandel, bei Bahn und Telekom plant die Regierung ein neues Gesetz

VON HEIKE JAHBERG
UND BARBARA JUNGE

datenschutz in einem ersten Schritt in der bereits im Parlament debattierten Novelle des Bundesdatenschutzgesetzes

sensiblen Arbeitnehmerdaten muss sichergestellt werden“, betonte der SPD-Politiker. Allerdings beanspruche ein

Sommer, der an dem Treffen teilgenommen hatte, fordert eine gesetzliche Regelung noch in dieser Legislaturperiode